

A N F R A G E von Christoph Fischbach (SP, Kloten), Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen)

betreffend «Reichsbürger» und andere staatsablehnende Gruppierungen und ihre Interaktion mit der Verwaltung

In letzter Zeit wurde in den Medien verschiedentlich über Gruppierungen, u.a. sogenannte Reichsbürger und Reichsbürgerinnen, berichtet, welche den Staat als Firma ansehen und bestreiten, dass die Behörden Befugnisse haben, und somit die staatlichen Institutionen ablehnen. Typischerweise bezahlen Staatsverweigerer keine Steuern oder Bussen und anerkennen weder Polizei, Gericht noch Amtsstellen.

Für die Ämter heisst das vor allem mehr Aufwand und zuweilen ein rauerer Ton seitens der Klienten. Solche Strömungen, Bewegungen und Haltungen generieren nicht nur mehr Arbeit für die Ämter, sondern untergraben auch unsere Demokratie und sind eine Gefahr für unseren Staat.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die staatsablehnenden Gruppierungen im Kanton Zürich bezüglich Grösse und Organisation ein?
2. Führt der Kanton Zürich ein Monitoring über Vorfälle in den kantonalen und kommunalen Amtsstellen?
3. Wie begegnet der Kanton Zürich solchen Tendenzen?
4. Wie unterstützt der Kanton Zürich die Bezirke und Gemeinden bei der Bearbeitung von Anfragen und Geschäften im Zusammenhang mit staatsablehnenden Gruppierungen?
5. Was unternimmt der Regierungsrat, um die staatlichen Institutionen zu stärken, damit solchen Bewegungen der Boden entzogen werden kann?

Christoph Fischbach
Michèle Dünki-Bättig
Sibylle Jüttner